

Ersteinstufige täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 60 Pf., vierteljährlich 1.80 Mk., halbjährlich 3.40 Mk., jährlich 6.40 Mk. Durch die Post bezogen 1.80 Mk. zinkl. Postgebühren.

Die Neue Welt (Mittheilungsbeilage), durch die Post nicht bezogen, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pf.

Verlagshaus Nr. 1047, Leipzig-Neubauer-Platz.

Sozialdemokratisches Organ

Insertionsgebühr beträgt für die 6 gezeigten Zeilen je 1000 Zeichen 20 Pfennig. Für ansonstige Anzeigen 25 Pfennig. Im redaktionellen Briefkasten befindet sich die Liste der Abonnenten.

Interesse für die fällige Nummer wird lediglich bei vorläufiger Abnahme der Expedition aufgegeben.

Eintragungen in die **Postleisungsliste**.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Part. 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Redaktion: Part. 42/43. Sprechstunde werktags 1/2—1/2 Uhr mittags.

Das Urteil.

Moabit — dreizehn Jahre Gefängnis!

In dem großen Polizeitrauwallprozeß von Moabit ist am Mittwoch endlich das Urteil gefällt worden. Die königlich preussische Strafkammer hat sich im allgemeinen den Strafanträgen des ebenso königlich preussischen Staatsanwalts angeschlossen, die zum Teil ganz ungeheuerliche Strafen vorschlugen. In einem Falle ist sie sogar darüber hinausgegangen und hat 3 1/2 Jahre Gefängnis verhängt.

Herr Rechtsanwalt Solchow und alle anderen, die auf die Moabiter Strafjustiz offen und verdeckt einzuwirken suchten, können mit dem Spruche des Gerichts zufrieden sein. Aber es gibt bei großen historischen Prozessen noch andere Zustände, die ein Urteil zu fällen haben. Wir meinen natürlich nicht die höheren Instanzen der deutschen Justiz, sondern das Volk, die lebendige Geschichte, die das letzte und endgültige, aber auch das einzig richtige Urteil zu sprechen hat.

Und dieses Urteil ist schon gesprochen! Ein Prozeß kann nicht getarnt werden durch den Spruch der staatlich-königlich-beamten Justizangestellten, sondern vor allem durch die Weltmeinung und die Ergebnisse der Zeugenaussagen. Die Begleitumstände des Moabiter Prozesses waren geradezu und vorwiegend für die Polizei und Justiz verhängnisvoll. Aus der erdrückenden Fülle können wir nur einiges hervorheben. Es sei da erinnert an die bekannnten Vorgänge, die das ganze Verfahren an eine gewisse („überläufige“) Straftat anknüpfte, und an die darauf folgende Ablehnung des ganzen Gerichts durch sämtliche Verteidiger, was man juridisches. Dies allein genügt vollständig, um den ganzen Prozeß mit samt seinem Urteil als Tendenzprozeß zu brandmarkieren. Aber es folgte noch mehr. Als durch die Beweisaufnahme die Polizei vom Anführer zum Angeklagten degradiert worden war, machte sie öffentlich „national zureichende“ und polizeifremde Zeugnisse, und der höchste Vorgesetzte der Justizangestellten, Herr Weßmann, wirkte im Reichstag öffentlich auf sie ein, indem er das von ihm gewünschte Prozeßergebnis („die moralische Mitschuld der Sozialdemokratie“) vornehmlich diktierte. Mehr noch: die im Prozeß bloßgestellten Polizeigenossen wurden demoralisiert mit Orden und Ehrenzeichen überschüttet, so daß ein gerechtes Urteil, ein Freispruch der Angeklagten, eine moralische Verurteilung der ordnungsgemäßen Delinquenten bedeutete hätte. Als ein Verteidiger am Schluß seiner Rede, daß die Orden die Wutdiele nicht verdecken könnten, mit denen die Polizei besetzt sei, erhielt er die höchst zulässige „Erdniedrigung“ publiziert, einem anderen Verteidiger wurde das Wort abgeschnitten, als er die Ordnungsangelegenheit streifen wollte.

Bezeichnend war es, daß der Polizeipräsident seinen Interzessungen die Anklage darüber verbot, ob Verdächtige benannt wurden. Durch Zeugnisse einwandfreier, nicht sozialdemokratischer Zeugen, ist aber erwiesen worden, daß Verdächtige die Menge zu Muten und „Ausfretungen“ verlor. Diese Genannten riefen dann „Halt, Hallogel!“ wenn der Säbel in ihrer Nähe tanzte. Das Gericht hat freilich im Urteil erwidert, daß die Verwendung von Verdächtigen „nicht erwiesen“ sei — das war zu erwarten. Aber sie ist in anderen Prozessen, vom berühmten Köhner-Kommunienprozeß angefangen, viele Male erwiesen worden, trotzdem königlich preussische Gerichte jedesmal dekretierten, sie sei „nicht“ erwiesen.

Es ist schon alles was sein kann, wenn ein königlich preussisches Gericht im Urteile zugibt, die Polizei habe „Ausfretungen“ begangen, wie das die Wiederholungen tun mußte. Damit ist dem Urteile auch vom Gerichte selbst das Urteil beim Volke gesprochen, denn es wurde ja erwiesen, daß die „Ausfretungen“ der Volkswaffen durch die Polizeiausfretungen propagiert wurden. Und trotzdem die Strafen für die Angeklagten und die Orden für die Polizei! Diese Tatsachen befähigen wieder die alte Erfahrung, die zum preussischen System gehört, daß die Polizei straflos haken und stechen darf, während die Gehobenen und Gehobenen nicht einmal das Recht der Notwehr haben, im Gegenteil, meist noch vor den Strafgericht kommen.

Das Urteil des Moabiter Gerichts hat durch seine scharfen Strafen die ganze Moabiter Aktion im wahren Sinne des Wortes gestört. Obgleich die Verurteilten, die nur ganz minimale Vergeltungen begangen haben (im Vergleich zu den Polizeiverbrechen), ob ihrer Kerkerhaft zu bauen sind, können

wir mit dem Urteile zufrieden sein. Es wirkt geradezu aufreißend. Es behält alles, was die Sozialdemokratie über das System der deutschen Gerechtigkeit von jeder Seite und letzte. Die Sozialdemokratie sollte in und mit „Moabit“ vernichtet werden — die Polizei, die Justiz und die Regierung haben sich aber höchst selbst die furchtbaren Schläge beigebracht, die ihrem Ansehen vor der Aechtung durch die Reichstagswahlen zutun noch fehlten.

Moabit wirkt fort — aber für uns!

Aus dem Moabiter Gerichtssaale wird uns noch geschrieben:

Der große Moabiter Prozeß war in seiner ursprünglichen Anlage ein unmöglicher Prozeß, ein Prozeß, der darauf hinausging, einen Instanz als wahr zu beweisen. Die konservative Partei führte nach einer Wahlparole. Die sollte man ihr durch die Anklagegedichte und den Interzessungen liefern. Moabit mit seinen gescheiterten Strafinternen und verbauten Schutzmaßnahmen war „der Anfang der sozialen Revolution“, das „Vorpiel der großen Sozialrevolution“, insofern von der Parteileitung der deutschen Sozialdemokratie, gefördert vom Vorkämpfer, ausgeführt von den verführten „Untergewissen“, die „den Untergewissen die Katanien aus dem Feuer holten“ und dadurch mit der Schärfe in Konflikt gerieten, während die natürlich sich im Untergewisse haltenden „Heher und Verführer“ sich ins Dämliche lachten. Für dieses blöde Märchen, das für die Gangdummen im Lande bestimmt war, sollte der Prozeß die laudlichen Unterlagen liefern. Es ist ja schon so viel durch Schutzmannsche bewiesen worden, warum sollte dieser Beweis mangeln, so daß die realistischen Deutlichen, und heute nicht ein selbständiger Polizeibeamter, der sich jetzt mit einem feil zu verkaufen Endeavour schickeln darf, mit eigenen Augen den berühmten Nachbater gefehen, der den Aufriehern die Befehle der Partei überbrachte? — Später hat der Staatsanwalt ja seine bekannte Erklärung abgegeben, er habe nie behauptet wollen, daß die Sozialdemokratie die Moabiter Exzesse herbeigeführt oder auch nur gewünscht hätte. In Anfang aber las man es anders. Es war eben wieder einmal etwas fieses gegangen, und kein Mensch, der sich behauen hat, sagt das gerne offen heraus. Der objektive Beurteiler, der die Geschichte der Moabiter Vorgänge schreibt, wird aber sagen müssen: Man hätte gewünscht, die Justiz zu einem Verleumdungsgesetz gegen eine mißliebige, gefährdete Partei zu benutzen. Dieser Verleumdungsgesetz scheiterte natürlich, es mußte scheitern, an der offensichtlichsten Tatsache, daß nicht die Sozialdemokratie, sondern die Polizei selbst an der Ausdehnung der Moabiter Kriminalität schuld trug.

Während ich schon in den ersten Tagen herausstellte, daß den Ehrenschick der sozialdemokratischen Partei und der modernen Arbeiterbewegung überhaupt nicht der kleinste Schaden trübe, gestaltete sich die Verhandlung immer belastender und verhängnisvoller für die Berliner Polizei. Es wurden Bilder vom Treiben der Schutzmannschaft entkiffelt, die auch auf den sozialdemokratischen Beobachter, der manches erlebt hat, verblüffend wirkten. Man kann wohl sagen, daß so massenhafte Polizeiausfretungen, wie man sie nach dem Ergebnis der Beweisnahme als zweifellos erwiesen annehmen muß, noch vor einigen Jahren in Berlin unmöglich gewesen wären.

Infolge des chronischen Schutzmannmangels und des in höheren Regionen neuerdings besonders heftigen Schutzmannvertriebes ist eine Verwirrung eingetreten, die für die Ordnung und Sicherheit der Reichshauptstadt eine häufig drohende Gefahr bedeutet. Zweifellos ist, daß eine große Anzahl von Menschen sich schwerer Verbrechen schuldig gemacht hat, daß zahlreiche Straftatbestände, Körperverletzungen, sogar vereinzelte Tötungen von Beamten verübt worden sind, die sich keineswegs in rechtmäßiger Ausübung ihres Amtes befunden haben. Solange die Gesetzesvertreter in der Uniform und mit der Wiedermare nicht von der wohlverdienten härteren Strafe getroffen sind, so lange man es unterläßt, diese schuldigen Beamten aus nur zur Verantwortung zu ziehen, so lange bleibt jedes Straftatteil, das über Angeklagte in Moabiter Prozessen gefällt wird, ein Akt der Unvollständigkeit, aber nicht ein Akt der Gerechtigkeit.

Wenn jetzt eine Anzahl von Berliner Arbeitern, unter ihnen viele andere sympathische Gestalten, wegen geringer oder überhaupt nicht vorhandener, dieß vom Gericht angenommener Vergeltungen ins Gefängnis spazieren muß, während die Schuldigen von der andern Seite nicht nur nicht verfolgt, sondern sogar wußtlich noch mit Kreuzen und Sternen bedankt werden, so gehört das wiederum zum preussischen System. Als der nun beendete Prozeß seinen Anfang nahm, war in der sozialdemokratischen Presse vorausgesetzt, daß dieser Prozeß, der mit einer halbtägigen Verurteilung der Arbeiterbewegung begann, als ein preussischer Polizei- und Justizskandal gleichermaßen enden werde. Diese Prophezeie hat sich nun durchaus erfüllt.

Das Strafmaß.

In später Abmündung wurde am Mittwoch im großen Moabiter Strafprozeß das Urteil gefällt. Der Vorstehende wieder erwähnte, daß Gericht habe es als erwiesen erachtet, daß in Moabit Verbrechen von Polizeibeamten stattgefunden haben, die das Publikum

erregten. Dagegen hat es die Tätigkeit von Verdächtigen nicht als erwiesen angesehen.

Ein Einzelnen wurden folgende Strafen verhängt:

Herrn Tiedemann, dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend 1 1/2 Jahr Gefängnis, Herrmann 6 Monate Gefängnis (Antrag des Staatsanwalts: 9 Monate), Raichart 8 Monate Gefängnis (8 Monate), Müller 4 Monate Gefängnis (2 Monate), Lindhardt 6 Monate Gefängnis (6 Monate), Meier 1 Jahr Gefängnis (9 Monate), Wöhrenberg 2 Monate Gefängnis (4 Monate), Mühlert 2 Monate Gefängnis (6 Monate), Kramer 3 Monate Gefängnis (4 Monate), Frau Dominiak 6 Wochen Gefängnis (2 Monate), Greyer 6 Wochen Gefängnis (2 Monate), Hagen 3 Monate Gefängnis (6 Monate), Frau Rietze 2 Tage Gefängnis (2 Monate), Heide 9 Monate Gefängnis (1 Jahr), 3 Monate, Heinemann 3 Monate Gefängnis (6 Monate), Nothe 3 Monate Gefängnis (6 Monate), Neumann 6 Monate Gefängnis (9 Monate), Wamb 2 Monate Gefängnis (8 Monate), Schatz 2 Monate Gefängnis (2 Monate), Albrecht 50 Mk. Geldstrafe (2 Monate Gefängnis), Treffowski 4 Monate Gefängnis (4 Monate), Jollhoff 6 Wochen Gefängnis (9 Wochen), Otto 1 Monat Gefängnis, eine Woche Haft (4 Monate Gefängnis), Romanowski 1 Monat Gefängnis (2 Monate), Mierich 1 Monat Gefängnis (4 Monate), Kluge 50 Mk. Geldstrafe (2 Monate Gefängnis), 2 Wochen Haft, Gienrich 1 Monat Gefängnis (9 Monate), Senf 1 Monat Gefängnis (3 Monate), Weidenmann 40 Mk. Geldstrafe (14 Tage Gefängnis).

Der Galtwitz 10 Mk., dessen Angelegenheit eingehend besprochen worden ist, wird wegen einfachen Diebstahls gegen die Gewerbeordnung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, die durch die Unterjuchungshaft verübt sind. Dagegen gibt das Gericht bei dem Angeklagten Volt, der einen Schutzmann mit dem Messer gestochen hat, ebenfalls über den Antrag des Staatsanwalts hinaus, es verurteilt ihn zu 3 1/2 Jahren Gefängnis, während der Staatsanwalt 2 1/2 Jahre beantragt hatte.

Es geschahen wurden die Angeklagten Ehepat und Frau und Traulien Sattler. Den Angeklagten wurde die erlittene Unterjuchungshaft in mehr oder weniger grober Umlage angedreht, so daß bei einem Teile die Strafen bereits durch die Unterjuchungshaft verübt sind.

Eine gefährliche Politik.

Aus London schreibt man uns: Die diplomatischen Drahtzieher sind emsig an der Arbeit in Berlin, Paris, Petersburg und London. Die Occupation der europäischen Mächte ist ins Bewusstsein geraten; aus Berlin verflücht man mit Stolz, daß der Ansehens und die Dreimächte-Entente in allen Augen trachten. Und all dies das Ergebnis der Potsdamer Zusammenkunft zwischen Wilhelm II. und dem Zaren.

Aus dem Gevairlich wiederholender Behauptungen steht sich ein in voller Klarheit heraus. Ein neues internationales Weltkriege vor dem Zaren hat begonnen, ebenso eifrig, nur mehr verächtlich, als das aus der Zeit vor dem russisch-japanischen Krieg, als die ökonomischen Güte des nördlichen Halbkreis nicht aller Welt sichtbar waren. In Berlin möchte man die internationale Bedeutung der Potsdamer Zusammenkunft ebenso gern überbetonen, wie man sie in Paris zu unterschätzen pflegt. Beide sehen ihr höchstes Streben darin, sich und der Welt einzureden, daß sie in besonderem Maße die Gunst des Zaren besitzen. Auf die Berliner Behauptung, daß die Potsdamer Vereinbarungen eine tiefe Verästelung in die Dreimächte-Entente gefügt haben und Ausblick den Weltmächten überhaupt gemacht haben, antwortet man in Paris und London mit Verächterungen, daß das Parrenreich den Weltmächten seine unerschütterliche Treue bewahrt, und daß die Potsdamer Abmachungen, soweit von solchen überhaupt schon geteilt werden kann, ist ausschließlich auf die Bagdadbahn und Persien bezogen.

Wie dem auch sei, sicher ist, daß das demokratische England der deutschen Diplomatie diesen „Triumph“ gern gönnt. Alle wirklich fortschrittlichen und demokratischen Elemente in England haben von Anfang an gegen die Politik der Entente mit dem Unizagen aufs entschiedenste protestiert, und sie würden eine Entwidlung der Dinge, die diese Freundschaft lösen würde, mit Freude begrüßen. Sie haben diese Politik bekämpft, nicht nur, weil sie darauf berechnet war, England in neue Abenteuer in Persien zu verwickeln, und den allgemeinen Gegensatz gegen Deutschland zu verwickeln, sondern auch, weil sie voraussehen, daß auf den russischen Zaren kein Verlaß sei, und daß eine natürliche Schwermüdigkeit ihn beim demokratischen England fort und dem deutschen Halbballistikums in die Arme treiben würde. Was das deutsche Volk zu einer Wiederkehr der alten Vorkriegsfreundschaft seines Herzfelds mit dem russischen Zarismus sagen wird, ist freilich eine andere Frage.

Trotz beständiger offizieller Ablehnungen scheint der in Paris und London veröffentlichte Text der Potsdamer Vereinbarungen im weitestentendend authentisch zu sein. Danach handelt es sich um die folgenden Punkte: 1. Ausland vertritt sich, der Verwirklichung der Bagdadbahn keine Schwierigkeiten in der Weg zu stellen. 2. Ausland unternimmt, nach Beendigung der ganzen Bagdadbahn und der Zweigbahnen von Emden nach Hameln, die letzte mit dem nordpreussischen Eisenbahnsystem zu verbinden. 3. Deutschland unternimmt, feinerlei Eisenbahnen zwischen Bagdad und der russischen und persischen Grenze nördlich von Hameln zu bauen. 4. Deutschland erklärt, daß es feinerlei politische Interessen in Persien hat, anerkennt

Deutsches Reich.

— Einige Millionen für Küstenbefestigungs-Umbauten? Der mit großem Lärm in die Wege geleitete Leipziger Spionageprozess, der mit der Verurteilung der beiden ausländischen Offiziere zu mehrjähriger Gefangenschaft endete, ist nicht ganz ohne Einfluss auf unsere Regierungen geblieben. Wie der Dittke-Beitrag aus Berlin gemeldet wird, hat die Reichsregierung beschloffen, eine Teilerfüllung für Umbauten mehrerer Verteidigungsanlagen an der Nordsee in den Nachtragsetat einzustellen. Die Höhe der Forderung konnte bisher nicht festgestellt werden. Die Nachtragsforderung wird damit begründet, daß fremde Mächte mehrere Details der Befestigungsanlagen an der Nordsee kennen und diese dadurch von ihrem strategischen Wert für die Sicherheit des Reiches „eingehüht“ hätten.

— **Verleumdung.** Die Berliner Politischen Nachrichten sprechen den Wunsch aus, daß die gegenwärtige Tagung des Reichstages, die wegen der Neuwahlen von ganz besonderer Bedeutung sei, eine möglichst große Zahl positiver und feindseliger Erwähnungen auszuweisen möge. Je größer und zahlreicher die Angriffe der diesmaligen Reichstagskammer sein werden, um so geringer dürfte die Zahl der Wähler sein, die sich bei den nächsten Wahlen von der Wahlurne fernhalten, und das liegt im Interesse aller bürgerlichen Parteien.

— **Angst vor den Neuwahlen.** Die Agrarier haben, wie die Deutsche Tageszeitung mehrfach verraten hat, vor so frühzeitigen Neuwahlen zum Reichstag eine heillose Angst. Die Angst kommt wieder in einer Auslassung des Reichstages zum Ausdruck, in der es angeklagt der Unmöglichkeit, den Reichstag noch nach Pfingsten zusammenzuführen, heißt:

„Angehört dieser Unmöglichkeit könnte man auf den Gedanken kommen, den jetzigen Reichstag nochmals zu einer kurzen Herbsttagung einzuberufen. Das würde dann die Folge haben, daß der neue Reichstag erst im Januar gewählt werden könnte. Dagegen würde nichts Wesentliches einzuwenden sein, es würde manches dafür sprechen. Der Januar ist die günstigste Wahlzeit und der Reichstag würde dann nicht aufgelöst zu werden, sondern könnte sein natürliches Ende finden.“

Die Kammer und Antergeroffen haben freilich sehr begünstigen Anlaß, das Wort der Wähler zu fürchten. Aber aufgehoben wäre noch immer nicht aufgehoben.

— **Revision des Spionagegesetzes.** Die im Reichsjustizamt schon seit längerer Zeit vorbereitete Revision des Spionagegesetzes soll im wesentlichen bezwecken, die in diesem Gesetze vorhandene „Unklarheit“ auszugleichen, durch die Versuch der Spionage mit Zuchthaus bestraft werden, während die vollendete Spionage mit Gefängnis bestraft werden kann.

— **Anarchistenhete.** Aus München wird gemeldet: In einer Wirtshaus am Glodenbach erschienen gestern abend 10 Uhr Kriminalbeamte, besetzten die Ausgänge der Wirtshaus und begaben sich zum Teil in das Lokal. Es handelt sich um die Aufhebung eines anarchischen Zirkels, der seit einer Reihe von Wochen jeden Dienstag Zusammenkünfte hatte. 24 Personen, darunter 8 Frauen, die in der Versammlung anwesend waren, wurden verhaftet und zur Festhaltung ihrer Personalkarten nach der Polizei gebracht. In dem Lokal wurden einige Handschriften beschlagnahmt, außerdem fanden verschiedene Hausdurchsuchungen statt.

Dänemark.

Das Frauenwahlrecht.

Die dänischen Frauen, die das kommunale Wahlrecht bereits besitzen, sollen nun auch das politische Wahlrecht erhalten. Wie die Waad. Jta. meldet, ist dem Parlament ein Entwurf vorgegangen, der allen über 25 Jahre alten Frauen das Wahlrecht aufweist. Es ist sehr wahrscheinlich, daß dieser Entwurf Gesetz wird.

Norwegen.

Die Eröffnung des Parlaments

wurde am Mittwoch durch den König vorgenommen, der die übliche Thronrede verlas. Der Etat für 1911 soll in den Schlussnummern balancieren, und zwar mit 128 1/2 Millionen Kronen; davon entfallen auf die außerordentlichen Ausgaben 119 1/2 Millionen Kronen und auf die außerordentlichen Ausgaben 9 Millionen. Für Eisenbahnbauten, Telephonanlagen usw. sind 6 1/2 Millionen vorgehalten, die durch Minderer bestrahlt werden sollen. Neue Steuern werden trotz der Einbringung der einzelnen Budget nicht gefordert, da mit einer bedeutenden Erhöhung der Volksumnahmen gerechnet wird.

Finnland.

Die Wahlen zum Landtag

ergaben bis Dienstag abend folgendes Resultat: In ganz Finnland wurden abgegeben für die Sozialdemokraten 289 477, für die Altkirchen 160 821, die Jungfinnen 107 182, die Schweden

100 480, die Agrarier 60 680 und die christliche Arbeiterpartei 15 083 Stimmen.

Rußland.

Ein schicksaliches Ereignis.

Der Haupt-Konferenzreferent des Kriegs- und Marine-Ministeriums in Wladimiroff, Valenti, hat sich bei Beginn der Revision der Konferenzberatung erkündigt. Es wurde festgestellt, daß die von Valenti seit vielen Jahren geleiteten Konventionen veraltet waren und zahlreiche Erfordernisse unter dem Militär hervorgerufen hätten. Die Revision wird abermals ein zweites Mal angedacht, bei dem wiederum viele Beamte der beteiligten Ministerien schwer kompromittiert werden.

Belgien.

Ein unerwünschter Gast.

Der Herzog von Orleans, der französische Kronprinz, hält sich häufig in Brüssel auf, wo er als „regierter“ und öfters Beurlaubungen und Unterhandlungen mit seinen Anhängern pflegt. Der belgische König hat jetzt dem Herzog zu verziehen geäußert, er wünschte, daß die Begegnungen weiterhin nicht in Brüssel stattfinden.

Der Herzog von Orleans möchte sich auf gewaltsamen Wege zum Gottesgnadenkönig von Frankreich machen. Die Verfassung, die er zur Errichtung dieses Throns in Belgien und namentlich in Brüssel gerufen haben muß, muß schon recht müßig gewesen sein, wenn selbst ein König gegen ihn Anspruch erhebt...

Portugal.

Generalstreik der Eisenbahner.

Der schon längst angekündigte und erwartete Streik der portugiesischen Eisenbahner ist nun doch noch zur Lausache geworden. Der spanische Minister des Innern gibt bekannt, daß die portugiesischen Eisenbahner den Generalstreik erklärt haben; die spanischen Züge seien an der Grenze aufgehalten worden; die Regierung ergreift sofort Maßnahmen, um einen Bruch der portugiesischen Eisenbahnerverbände auf die spanischen Eisenbahner zu verhindern und stellt alles auf, um eine Ausdehnung des Streiks auf spanisches Gebiet zu verhindern. Die Eisenbahner haben sich auch die Handelsangelegenheiten angegeschlossen. Dem Pariser Matin wird über den Ausbruch der Streikbewegung aus Lissabon gemeldet: In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch ist auf Grund der in zwei Versammlungen gefassten Beschlüsse ein Doppelstreik von ungeheurer Wichtigkeit ausgedrochen. Die Handlungsangelegenheiten haben die Arbeit eingestellt und die Schließung der Magazine (?) herbeigeführt. Die Angestellten der portugiesischen Eisenbahn haben ebenfalls ihren Dienst unterbrochen. Der Silberpreis konnte nicht abgeliefert werden und man weiß noch nicht, wann er wird abgeliefert können. — Die Handlungsangelegenheiten verlangen zweierlei: nämlich den wöchentlichen Ruhetag und dann eine Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden täglich. Die Regierung hat ein Dekret erlassen, welches wenigstens den wöchentlichen Ruhetag einführen will, dagegen glaubt die Regierung bezüglich der zweiten Forderung der Handlungsangestellten einige Vorbehalte machen zu müssen. Was die Eisenbahner anbetrifft, so verlangen diese eine Erhöhung ihrer Gehälter. Der Eisenbahnerstreik wird aber auch allgemein als ein Protest gegen das Regierungsdekret angesehen, das verlangt, daß in allen öffentlichen Betrieben eine Unterbrechung der Arbeit nur fünfzig Stunden dürfe, wenn dies acht Tage vorher angekündigt würde.

Perlien.

Ein Vorstreich.

Wie dem Neuterischen Bureau aus Neunort gemeldet wird, hat der dortige verfehlte Konjul ein Communiqué veröffentlicht, das das Siegel der perlichen Regierung und die Unterzeichnung des perlichen Ministerpräsidenten trägt und in dem die Nationen aufgefordert werden, Verhien gegen die englisch-russische Inubation zu fochden.

Neunort'ser Zeitungen ergänzen diese Meldung durch die Bestätigung, Verhien lasse in Amerika Bisse gegen England und Rußland in Gestalt einer Note von 70 Millionen, um die englischen und russischen Schuldner abzulassen und dadurch den beiden Mächten den Vordrud zur Einmischung zu nehmen.

Amerika.

Die nationale Zarinvereinerung.

in der alle Handelskammern und Industriellen des Landes sowie die Importeure, Anhänger des Hochzollsystems wie Revisionisten mit über 700 Abgeordneten vertreten sind, tagt in Washington, um die Regierung zu veranlassen, eine permanente Staatstarkommission aus unparteiischen Sachverständigen einzusetzen und durch Sammlung aller inländischen und ausländischen Materials den Kongreß zu befähigen, gerechtere Zarinseetze zu erlassen und

durch Spezialtarife Geschäftsbedingungen zu verhindern. Die Teilnehmer an der Tagung werden von dem Präsidenten empfangen werden.

Aus der Partei.

Eine „Richterlage des Königs“.

Der preussische König wird erhand hat eine Schlappe erlitten. Er hatte im Reichstage eine Proklamation des Genossen Wenzel in Frankfurt a. M. demunziert und gemeint, sie enthalte „Majestätsbeleidigungen“ und die-So-Godverrat. Kurz darauf folgte auch prompt die Anklage. Nun aber kommt aus Frankfurt die Meldung, daß die Strafkammer das Hauptverfahren abgelehnt habe. Die Zunter werden empfindlich über die Frankfurt Richter.

Eine Staatsaktion unter Beifall des Polizeibundes!
Der Generalkonferenzsekretär Mölting ist in Köln im Dienstag abend in seiner Wohnung verhaftet worden, weil er „hinreichend verdächtig“ sein soll, bei den Zusammenkünften in Deutz als „Mädelsührer“ tätig gewesen zu sein. Die Verhaftung wurde von vier Kriminalbeamten unter Leitung eines Polizeibundes vorgenommen.

Zwei Monate für den Vorwärts.

Wegen eines Vorwärts-Artikels über die Solinger Wahlrechtsdemonstration wurde Genosse Parth am Dienstag zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Solinger Partei hatte nicht meinte die erste Berliner Strafkammer, am 6. März „beschlüssig forschet und tadelloß“ benannt.

Wegen vier bedeutend schärferer Artikel über die gleiche Angelegenheit hatte die Eberfelder Strafkammer dem Genossen Wenzel und dem Solinger zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Das Urteil gegen den Vorwärts wurde in Weaabit gesprochen.

In Hessen bleibt alles beim Alten.

Zu der Meldung, Genosse Wiedlung Mölzing sei als hessischer Kreisverwaltungsbeamter beschäftigt worden, wird mitgeteilt, daß eine Beschäftigung gesetzlich nicht vorgeschrieben sei. Es sei unrichtig, zu glauben, die hessische Regierung hätte ihren Standpunkt aufgegeben. Sozialdemokraten seien für öffentliche Aemter ungeeignet.

Totenliste der Partei.

Aus Paris wird uns geschrieben: Die französische Partei hat einen herben Verlust erlitten. Am 9. Januar starb im Alter von 45 Jahren der Genosse E. Sabourin. Von dem Verstorbenen hat die Partei einen hervorragenden Mann verloren. Sabourin war Industrieller, besaß ein eigenes Geschäft im Departement Aude. Als Vorsitzender der Vorwärtskommission der Partei hat unter verstorbenen Genossen mit Ernst und Fleiß es verstanden, die auseinanderlaufenden Meinungen zu vereinigen. Die Partei verliert in ihm einen bescheidenen und wissenschaftlich gebildeten Kämpfer.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

	10. Jan.	+0,60	11. Jan.	+0,56	0,04	—
Artern, Brudenweg.						
Nebr., Oberpegel.		+2,08		+2,04	0,04	—
Unterpegel.		+1,48		+1,40	0,08	—
Weissenfels, Oberp.		+2,44		+2,46	—	0,02
Unterp.		+0,20		+0,24	—	0,14
Trotha.		+1,82		+1,90	—	0,08
Mitleben, Oberpegel.		+2,10		+2,41	—	0,01
Unterpegel.		+1,40		+1,46	—	0,06
Verbnburg.		+1,00		+1,06	—	0,06
Stalbe, Oberpegel.		+1,53		+1,54	—	0,01
Unterpegel.		+0,67		+0,74	—	0,07
Ob.						
Dresden.	10. Jan.	-0,56	11. Jan.	-0,62	0,06	—
Torgau.		-1,78		+1,70	0,08	—
Wittenberg.		-2,66		+2,61	0,05	—
Roslan.		-2,06		+2,02	0,04	—
Barby.		-2,19		+2,19	—	—
Magdeburg.		-1,78		+1,78	—	—

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten.

Eine außergewöhnlich günstige Gelegenheit,

eine geschmackvolle Geschenk für einen verblüffend billigen Preis einzukaufen, bietet sich in unseren Aemern in dem heute eröffneten Inventar-Auktions-Ausverkauf der Firma G. F. Witter. Seit Jahren veranlaßt diese Firma nur einmal jährlich diesen Inventar-Ausverkauf, um ihre Lager möglichst zu verkleinern und die so komplizierte Inventuraufnahme zu vereinfachen. Die Preisermäßigungen sind deshalb ganz ungewöhnlich große und es bietet sich dadurch ein Gelegenheitsfall, wie er zum zweiten Mal kaum vorkommen dürfte.

Wir zu Hochzeiten, Geburtstagen oder für die bevorstehenden Konfirmationen Geschenke braucht oder wer sich selbst einen hübschen Gegenstand billig zulegen will, der sollte diese Gelegenheit nicht verpassen.

<p>Lebensmittel</p> <p>Freitag = Sonnabend.</p> <p>Nussbaum</p>	<p>Schnittbohnen 2 Pfd. 27 Sfr. Dole</p>	<p>Bratheringe Dole 45 Sfr.</p>	<p>Block-Schokolade Pfund 58 Sfr.</p>	<p>Schinkenspeck Pfund 1 00</p>
	<p>Wachsbohnen 2 Pfd. 30 Sfr. Dole</p>	<p>Bismarckbringe Dole 40 Sfr.</p>	<p>Würfelzucker Pfund 23 Sfr.</p>	<p>Rauchfleisch Pfund 80 Sfr.</p>
	<p>Kohlrabi 2 Pfd. 30 Sfr. Dole</p>	<p>Appetit-Sild Dole 23 Sfr.</p>	<p>Hausmacher-Nudeln Pfund 12 Sfr.</p>	<p>Mettwurst Pfund 95 Sfr.</p>
	<p>Spinat 2 Pfd. 38 Sfr. Dole</p>	<p>Anchovis Glas 25 Sfr.</p>	<p>Kaffertlocken Pfund 22 Sfr.</p>	<p>Schinkenwurst Pfund 1 00</p>
	<p>Erbsen 2 Pfd. 32 Sfr. Dole</p>	<p>Sardinen Glas 25 Sfr.</p>	<p>Marmelade Pfund 22 Sfr.</p>	<p>Molkerei-Butter 1/2 Pfd. 62 Sfr.</p>
<p>Leipzig, Allerlei 40 Sfr. 2 Pfd.-Dole</p>	<p>Gem. Früchte 75 Sfr. 2 Pfd.-Dole</p>	<p>Kakao 68 Sfr. rein, Pfund</p>	<p>Casser Rippensteer 85 Sfr. Pfund</p>	
<p>Erbsen fein 2 Pfd. 55 Sfr. Dole</p>	<p>Linse Pfund 15 10 Sfr.</p>	<p>Back-Pflaumen Pfund 28 Sfr.</p>	<p>Land-Leberwurst Pfund 50 Sfr.</p>	
<p>Erbsen extra fein 2 Pfd. 85 Sfr. Dole</p>	<p>Bohnen Pfund 12 Sfr.</p>	<p>Erbsenwürste 3 Stüd 25 Sfr.</p>	<p>Rotwurst Pfund 50 Sfr.</p>	
<p>Pfifferlinge 2 Pfd. 50 Sfr. Dole</p>	<p>Graupen Pfund 11 Sfr.</p>	<p>Macaroni 1/2 Pfund 15 Sfr.</p>	<p>Makronen 1/4 Pfund 15 Sfr.</p>	
<p>Kirschen 2 Pfd. 55 Sfr. Dole</p>	<p>Gries Pfund 18 Sfr.</p>	<p>Puddingpulver 5 Bad 20 Sfr.</p>	<p>Pralinee 1/4 Pfund 13 Sfr.</p>	
<p>Pflaumen 2 Pfd. 45 Sfr. Dole</p>	<p>Reis Pfund 12 Sfr.</p>	<p>Palmbutter Pfund 60 Sfr.</p>	<p>Gemischte Bonbons 1/4 Pfund 7 Sfr.</p>	

Deutscher Reichstag.

103. Sitzung. Mittwoch, den 11. Januar 1911, nachmittags 1 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrt das Haus das Andenken des gestern verstorbenen Abg. Köhler (Sinnl.) in der üblichen Weise.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der freisinnigen Interpellation betr.

Aufhebung der Zündwarensteuer.

Abg. Schöpflin (Sinnl.): Herr Bahn konstatierte gestern daß außer der Sozialdemokratie alle Parteien schuld seien an dem Zustandekommen dieses Gesetzes.

Keine Familie das!

So viele Väter, und keiner will es gemessen sein. Der selbige Rufschreier die Situation vorangeht zu haben, als er schreit: Vater werden ist nicht schwer.

großes Geld über tausende

von Arbeitern gebracht. Aber der Staatssekretär sagt: Sie sind ja noch nicht verunglückt, ihr die Meiste dieses Kaufes brach bei diesen Worten in ihr betamtes lattes Schindeln aus.

Die Arbeiter ohne Antwort verlassen.

(Hört, hört! h. d. Soz.) Die landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Kreise billigen die Regierung ganz anders.

Auch die Schwedischen Handelskammer

bedürftig die schismatische Stellung der Zündwarensteuer. Nehmer ist aber das Geld, das besonders der Zündwarenindustrie unter den Zündwarenindustrie ausgedrückt ist.

Aufhebung der Zündwarensteuer.

(Aufnahme bei den Soz.) Meine Freunde haben in der Reichstagskommission einen entsprechenden Antrag gestellt.

Das beweist, daß er sich nicht sehr wohl fühlt.

gänger, Herr Stengel, geht uns denselben Fall bei der Finanzen Rechnung 1908; er sagte: Wir brauchen nicht zu trinken, der Bier- und Zafalsteuer könnte sich jeder entscheiden.

Ich konnte aus der geringen Rede

des Staatssekretärs nicht herausören, ob es eine wirkliche entscheidende Ablehnung war. Aber selbst wenn das der Fall wäre, so ist bei unserer Regierung nicht allzu viel darauf zu geben.

Ich richte an Sie den Appell

im Interesse der schwer gefährdeten Arbeiter, im Interesse der schwer gefährdeten Industrie, für die Aufhebung der Zündwarensteuer

eintrzutreten. Mit diesen Steuererträgen, die sich als viel größer herausstellen werden, als man erwarten konnte, werden wir bei den Wahlen gründlich abrechnen.

Abg. Freiberger (Sinnl.): Wir sind keine Bewunderer der Zündwarensteuer und hätten andere Steuer vorgeschlagen. Die Verden von den Wahlen entzogen sich aber der Prüfung.

Abg. Kautler (Sinnl.): Die Wollung der Zündwarensteuer ist nicht berechtigt, eine Entschädigung der Arbeiter stellen wir nicht fest, aber wir werden es die Steuer aufheben.

Abg. Werner (Anti): Man hätte die Zündwarensteuer einführen sollen, dann wäre die Zündwarensteuer überflüssig gewesen. Nachdem die reiden Verleger um die Zündwarensteuer herumgekommen sind, sollte man an eine

denken. (Weiterfeit.) Mit der Aufhebung allein ist es nicht getan, es muß auch Erlaß geschaffen werden.

Abg. Dr. Dedtler (Fortf. Volkp.): Was war es mit der Interpellation darum zu tun, vor dem Lande zu zeigen, wie eine von der Konvention hergeleitete Mehrheit beschlossene Steuer eine bedeutende Anzahl von Unternehmern im Arbeiter auf das schwerste gefährdet hat.

Abg. D. Jann (Anti): (persönlich) weist den Vorwurf auf, daß seine Freunde für die Aufrechterhaltung der Steuer seien. Er habe nur gesagt, mit einer Aufhebung sei nicht zu rechnen.

Rechnungssachen

betreffend die Kolonialschutzzölle. Bei der Rechnung für den Verkauf der afrikanischen Schutzgebiete für 1902 und 1908 ergreift das Wort

Abg. Roske (Soz.): Der vorliegende Bericht ruft die Erinnerung an die Zeiten der allergrößten Kolonialschamperi

wach. (Zustimmung bei den Soz.) Jetzt ist ja allerdings angeordnet, daß fortgesetzt verfahren wird und man erhält auch den Eindruck, daß die Kritik endlich einen Erfolg hat, um so unbedeutender war die frühere Verurteilung.

Abg. Freiberger (Sinnl.): Solche veraltete Rechnungslegung macht das Budgetrecht des Reichstags nahezu illusorisch. Alle Parteien verlangen geordnete koloniale Rechnungslegung; aber wann wird endlich die Regierung diesem berechtigten Verlangen nachkommen?

Abg. D. Jann (Anti): (persönlich) weist den Vorwurf auf, daß seine Freunde für die Aufrechterhaltung der Steuer seien. Er habe nur gesagt, mit einer Aufhebung sei nicht zu rechnen.

Abg. Freiberger (Sinnl.): Solche veraltete Rechnungslegung macht das Budgetrecht des Reichstags nahezu illusorisch. Alle Parteien verlangen geordnete koloniale Rechnungslegung; aber wann wird endlich die Regierung diesem berechtigten Verlangen nachkommen?

Abg. D. Jann (Anti): (persönlich) weist den Vorwurf auf, daß seine Freunde für die Aufrechterhaltung der Steuer seien. Er habe nur gesagt, mit einer Aufhebung sei nicht zu rechnen.

Ich richte an Sie den Appell im Interesse der schwer gefährdeten Arbeiter, im Interesse der schwer gefährdeten Industrie, für die Aufhebung der Zündwarensteuer

gebietet Klautschau für 1909 der gleichen Kommission. Es folgt die erste Beratung der allgemeinen Rechnung und nebst Nachweisung der

Abg. Roske (Soz.): Der Reichstag resp. die nachstehenden Regierungskomitees tragen ein gerichtetes und gedultetes Maß von Unwissenheit an diesen ihmatischen Staatsübersichtungen, an dieser Hinsicht, durch die dem Reich ein

Abg. Freiberger (Sinnl.): Wir sind keine Bewunderer der Zündwarensteuer und hätten andere Steuer vorgeschlagen. Die Verden von den Wahlen entzogen sich aber der Prüfung.

Abg. Kautler (Sinnl.): Die Wollung der Zündwarensteuer ist nicht berechtigt, eine Entschädigung der Arbeiter stellen wir nicht fest, aber wir werden es die Steuer aufheben.

Abg. Werner (Anti): Man hätte die Zündwarensteuer einführen sollen, dann wäre die Zündwarensteuer überflüssig gewesen. Nachdem die reiden Verleger um die Zündwarensteuer herumgekommen sind, sollte man an eine

denken. (Weiterfeit.) Mit der Aufhebung allein ist es nicht getan, es muß auch Erlaß geschaffen werden.

Abg. Dr. Dedtler (Fortf. Volkp.): Was war es mit der Interpellation darum zu tun, vor dem Lande zu zeigen, wie eine von der Konvention hergeleitete Mehrheit beschlossene Steuer eine bedeutende Anzahl von Unternehmern im Arbeiter auf das schwerste gefährdet hat.

Abg. D. Jann (Anti): (persönlich) weist den Vorwurf auf, daß seine Freunde für die Aufrechterhaltung der Steuer seien. Er habe nur gesagt, mit einer Aufhebung sei nicht zu rechnen.

Rechnungssachen

betreffend die Kolonialschutzzölle. Bei der Rechnung für den Verkauf der afrikanischen Schutzgebiete für 1902 und 1908 ergreift das Wort

Abg. Roske (Soz.): Der vorliegende Bericht ruft die Erinnerung an die Zeiten der allergrößten Kolonialschamperi

wach. (Zustimmung bei den Soz.) Jetzt ist ja allerdings angeordnet, daß fortgesetzt verfahren wird und man erhält auch den Eindruck, daß die Kritik endlich einen Erfolg hat, um so unbedeutender war die frühere Verurteilung.

Abg. Freiberger (Sinnl.): Solche veraltete Rechnungslegung macht das Budgetrecht des Reichstags nahezu illusorisch. Alle Parteien verlangen geordnete koloniale Rechnungslegung; aber wann wird endlich die Regierung diesem berechtigten Verlangen nachkommen?

Abg. D. Jann (Anti): (persönlich) weist den Vorwurf auf, daß seine Freunde für die Aufrechterhaltung der Steuer seien. Er habe nur gesagt, mit einer Aufhebung sei nicht zu rechnen.

Abg. Freiberger (Sinnl.): Solche veraltete Rechnungslegung macht das Budgetrecht des Reichstags nahezu illusorisch. Alle Parteien verlangen geordnete koloniale Rechnungslegung; aber wann wird endlich die Regierung diesem berechtigten Verlangen nachkommen?

Abg. D. Jann (Anti): (persönlich) weist den Vorwurf auf, daß seine Freunde für die Aufrechterhaltung der Steuer seien. Er habe nur gesagt, mit einer Aufhebung sei nicht zu rechnen.

Ich richte an Sie den Appell im Interesse der schwer gefährdeten Arbeiter, im Interesse der schwer gefährdeten Industrie, für die Aufhebung der Zündwarensteuer

Bewerkschaftliches.

Die ungefähr 7000 Mann starke Betriebsrat der westfälischen Erzeugnisse Siegena und Sigglen bei Witten haben, wie ein bürgerliches Nachrichten-Bureau meldet, nachdem ihre Forderungen einer Lohnüberhöhung abgelehnt wurden, beschlossen, in den nächsten Tagen zu treten.

In der Maschinenfabrik, Eisenwerke und Maschinenbauanstalt Niebaum u. Guttenberg, Erford a. B. befehlen seit vier Monaten Differenzen. Die Arbeiter streiken, weil die Firma die folgenden Lohnverhältnisse nicht aufbessern will. Von der Firma wurden 102 Arbeiter auf die schwarze Liste gesetzt. Wiederholte Verhandlungen sind an der Hornschädel der Firma gescheitert. Seit Freitag, den 6. Januar, beschließt die Firma 32 Verursacherstreikbrecher, Metallarbeiter und Holzarbeiter auf Branden wollen jedoch bleiben.

Die 10. Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes wird vom Zentralverband zum 5. Juni und folgende Tage nach Wuppertal einberufen.

Die 10. Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes wird vom Zentralverband zum 5. Juni und folgende Tage nach Wuppertal einberufen.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 12. Januar 1911.

Verfassungsrecht mit dem Polizeifrei nachben.

Ihren Abwehrrecht hat die Halleische Polizei mit dem geringen Tage ein neues Blatt eingeleitet. Wieder ist von ihrem Vorkauftrage eine gewerkschaftliche Mitbestimmungsverordnung be-
 lastigt und umschrieben worden. Ihr Vorgehen zeigt, daß in Preußen für die Arbeiterchaft ein Rechtsverhältnis nicht mehr existiert, daß heute mehr denn je die Arbeiterorganisa-
 tionen der beherrschenden Willkür ausgeliefert sind. Natürlich sind die Maßnahmen der Halleischen Polizei der Ausfluß des gegenwärtigen Regierungsstadiums. Doch wenn die den Herren Räte und Wendemann unterstellte Klassenstaatliche Sicherheitsbehörde nach besonderem Vorzug gelte und vor allen anderen preußischen Polizeikörpern als reaktionäres Mittel dienen sollte, so könnte sie nicht anders handeln, als jetzt, wo sie kaum einen Tag bestehen läßt, an dem nicht irgendeine Organisierung von ihr gebremst werden muß. Sofern in Preußen die Gesetzgebung überhaupt noch einen Sinn und eine Bedeutung haben, so muß die Halleische Polizei mit ihren gegen das Verfassung und Verfassungsrecht gerichteten Angriffen eine schwere Wertschätzung, eine Niederlage erleben, wie sie selbst in ihrer ereignisreichen Geschichte unerbört sein dürfte. Nichtsdestoweniger steht sie diese Angriffe munter fort, kümmert sich nicht im geringsten um das Verfassungsrecht und behandelt freie Staatsbürger wie Delinquenten vor dem Gesetz.

Am Donnerstagabend hatte der Metallarbeiterverband, Osterverwaltung Halle, eine Metallarbeiterversammlung nach dem Volkspark einberufen, zu der die Mitglieder zahlreich erschienen waren. Die Fürsorgekommission war gegen 8 Uhr den 600 bis 700 Anwesenden konnte sich zeigen. Ohne Vorgehung des Reichsvereinspräsidenten zu haben, trotzdem drangen zwei Polizeikommissionen ein, die anzuordnen, daß sie auf höheren Befehl die Versammlung abzuwehen sollten! Die Gründe zu dieser Anordnung schienen den Beamten nicht bekannt zu sein, wenigstens schienen sie sich darüber aus. Da die organisierten Metallarbeiter selbstverständlich keine Neigung hatten, vor dem ungelegenen Willen der Halleischen Polizei zu kapitulieren oder sich von ihr zu einer Ingegensetzlichkeit zu verleiten zu lassen — die Duldung der Polizeibeamten in der Versammlung wäre eine Ingegensetzlichkeit gewesen — so wurde die Versammlung aufgehoben. Rufe und Anstöße waren wieder einmal unstill geblieben, weil die Halleische Polizei fortwährend mit gewaltsamen Maßnahmen operiert. Der Grund zu dieser neuen Verletzung des Reichsvereinspräsidenten ist um so unerklärlicher, als nach den ersten Überwachungen von Metallarbeiterversammlungen der Metallarbeiter zweimal solche unterbrochen geblieben sind, darunter die vor einiger Zeit stattgehabte ebenfalls aufbesuchte Generalversammlung des Verbandes. Weshalb sind jene Versammlungen unbeschädigt geblieben? Weshalb wurde diese gestört?

Wenn der Polizei sozial Gerechtigkeit innewohnt wie der organisierten Arbeiterchaft, so würde sie abwarten, bis die höchste Instanz in der von der Polizei selbst als Streiftruppe bezeichneten Angelegenheit der Versammlungsüberwachungen einmütig entschieden hätte. Selbst das Vertrauen darauf, daß in Preußen von der höchsten Instanz der Polizei alles Recht, der Arbeiterchaft hingegen keines zugesprochen werden könnte, berechtigt die Räte und Wendemann nicht im geringsten zu ihrem Vorgehen, in einschneidender es nicht einmal. Die organisierte Arbeiterchaft erwartet von der Polizei kein Entgegenkommen, dazu ist ihr die Verleugung der Unparteilichkeit der Klassenorgane zu sehr in Reich und Blut übergegangen. Was sie aber verlangt, ist Gerechtigkeit! Auch die Gesetze des Klassenstaates sind Gesetze, die paragrafisierte Machtpositionen der Besitzverhältnisse und Verdrängten und also den aufwärtsbringenden Arbeitern feindlich und ungenügend. Sie zu beachten bedeutet nichts weniger als eine Förderung der Arbeiterorganisationen. Werden aber auch sie noch der Willkür von Behörden oder Personen ausgeliefert, die notfalls der organisierten Arbeiterchaft in bitterer Feindschaft gegenüberstehen — und das ist in Halle der Fall — so wird der Druck unerbittlich.

Gegen diese neueste Willkür wird abermals Widerspruch erhoben. Es wird sich ja zeigen, ob das Reichsvereinsgesetz gegen zum alten Gewerkschaftsgesetz, oder ob man ihm als einem „liberalen“ Gesetz Respekt zu stellen gedenkt.

Hobener Kammermusikabend.

Kommenden Dienstags, den 17. Januar, findet im Volkspark der von Hobener Musikverein mit erheblichen Kosten arrangierte Kammermusikabend statt. Die beiden Pianisten, Maxine Deland und Marc Henn, die Begründer der Münchner Schürtrichter-Gesellschaft, welche überall, wo sie auftreten, nur uneingeschränktes Lob und allgemeine Bewunderung gefolgt erhalten und Eintrittspreise von 5, 4 und 3 Mk. für ihre Darbietungen bekommen, werden vor der Halleischen Arbeiterchaft ihre Kunst darbieten. Lieder und Stimmungen ist der Abend betitelt. Alte deutsche und französische Lieder, Soli und Duette werden in bunter Reihenfolge abwechselnd von der Klavier- und Harmonium begleitet. Jedes Lied hat seine besondere Stimmung und diese Stimmung wird durch die Umsetzung und die eigens dazu gewählten Klänge der Klavier ausgedrückt. Neben dem ersten Abend, kommen mehrere Chöre, neben dem beherrschenden fährlichen Liede die gewöhnlichen Revolutionslieder aus 1789 in

eben Sanktschule-Kosten zum Vorkon. Die Begleitung am Harmonium hat Herr Kapellmeister Sonnabend übernommen. Jede Genossin und jeder Genosse, welcher einmal einen genussreichen intimen Abend mitteilen will, solle sich eine Eintrittskarte an den besagten Stellen (siehe Inserat) a 30 Pf. inkl. fährlicher Mittelkosten. Derselbe Abend, wie auch alle kommenden Veranstaltungen des Bildungs-Ausschusses sind öffentlich und können von jedermann, auch von Nichtmitgliedern des Sozialdemokratischen Vereins oder der Gewerkschaften besucht werden.

Arbeitsniederlegung.

Beim Bau der Elektrischen Hebebahnanlage in Zwintschöna (Unternehmer: Ingenieur W. Bartel, hier, Götterstraße 1) haben die dabeihilflich beschäftigten sechs Arbeiter wegen schlechter Behandlung die Arbeit verlasen. Organisierte Arbeiter mögen dies beachten.

Streik der Mühlenarbeiter.

In den Ostfälischen Mühlenwerken, Weiser: G. H. Oberins, haben die Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter, welche erst kurze Zeit organisiert sind, haben endlich eingeschlossen, daß sie bei den hier geschlossenen Angelegenheiten von 17 bis 19 Uhr bis zur Woche nicht mehr eintreten können. Die Betriebsleitung lehnte die Verhandlung in drohender Weise ab. Es handelt sich um 26 Arbeiter, von denen mehrere bis zu 30 und 35 Jahren im Betriebe beschäftigt sind. Der Betrieb ist vollständig stillgelegt worden. Zugang ist strengstens ferngehalten.

Eine Eingekerkerte in Halle.

Die Situation in dem Streit bei der Firma Herbst hat sich über Nacht geändert. Während gestern noch bei der Firma anscheinend die Arbeit vorhanden war, zu verhandeln, um eine Einigung herbeizuführen, sind zu der gleichen Zeit doch schon Vorbereitungen getroffen worden, um einer größeren Kolonne Arbeitswilliger Unternehmern in den Fabriken zu ermöglichen. Gestern aber kam denn auch ein Tempo weiterer Elemente hier an und wurde von der Polizei und vom Kommando nicht deren Trauen (?) in den Betrieb gelassen, wo ihrer ein heftiges Meuterei herrschte. Die hiesigen Firmen Ruhstamm, Anterhandlung Krause, Bäckermeister Hoffeld hatten die Arrangements übernommen. Die Firma Herbst kam mit weitere Bäcker-Maschinen fabrizieren. Eine andere Frage ist freilich, ob den Kommandanten auch die Waren aus diesen Maschinen käuflich werden. Während die Streikenden noch jederzeit zu Verhandlungen bereit waren, wird wohl nun die Firma auf solche verzichten, denn im Betriebe gibt es alle Hände zu rühren, um den Arbeitswilligen „betriegen“ und draußen wagt die Halleische Polizei darüber, daß sich kein streikender Arbeiter sehen läßt. Jeder organisierte Arbeiter habe den Kampfenden bei und löse daher, daß der Zugang von weiteren Arbeitswilligen ferngehalten wird.

Eine tolle Leistung einer Aufsichtsbekleidete.

Unter dieser Epigamata schreitet der Vorstand zu dem vom Halleischen Magistrat den hiesigen Krankenkassen aufgesetzten Vertrag mit dem Verlegen des Leipziger Verbandes. „Der Magistrat zu Halle hat in dem halbesährigen Verlegetreue einen Vertrag für die Kasse abgeschlossen, der das Interesse der Kasse aufs argste verletzt, sie gebunden dem Verlegetreue ausliefert. Der Eingriff des Magistrats ist ungesetzlich. Das Oberverwaltungsgericht dürfte ungewissheit nach Lage seiner bisherigen Wertprechung den Eingriff des Magistrats aufheben. Selbst wenn aber ein Eingriff des Magistrats als Aufsichtsbehörde zulässig gewesen wäre, ist der von ihm abgeschlossene Vertrag zu ungesetzlich, daß ein Kassenverband, der solchen Vertrag abschließt, wegen Untreue gegen die ihm anvertrauten Interessen und wegen der in dem Vertrag enthaltenen größtenteils Verlegetreue gegen die guten Sitten auszuweisen der Kasse mindestens zivilrechtlich haftbar gemacht werden würde.“

Die Erregung über die Eigenmächtigkeit des Halleischen Magistrats wird selbst von der Post, die den Vertrag als einen ungläubigen Magistrats-„Geschluß“ bezeichnet, und von den Betriebskrankenkassen anerkannt.

Offentlich begnügen sich die Klassen nicht mit einer Anfechtung des Magistratsbeschlusses, der jeglicher gesetzlichen Basis und Gerechtigkeit entbehrt, sondern machen den Magistrat auch zivilrechtlich haftbar. Wie stark die Erbitterung über diesen Eingriff in die Selbstverwaltung auch die Betriebskrankenkassen ergriffen hat, zeigt folgender Bericht über die am Sonnabend von dem Verband der Betriebskrankenkassen von Sachsen und Anhalt in der Landtagskammer zu Halle abgehaltene außerordentliche Hauptversammlung. — Folgt der Bericht über die Veranlassung der Betriebskrankenkassen, den wir vorgelesen veröffentlichen, woran sich folgende Schlußbemerkung schließt:

„Die von den Betriebskrankenkassen geübte Kritik stimmt durchaus mit unseren Anschauungen überein. Nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts ist der Vertrag aus den oben angeführten Gründen und deshalb nichtig, weil das Verlangen, ihn bei Vermeidung des Streiks abzuschließen, einen glatten Verlegetreue darstellt. Dem Halleischen Magistrat muß doch die Tatsache gegen Arbeiter die harmlosen Vorgänge geübte Strafverfolgung des Reichsgerichts bekannt sein. Wird die Aufsichtsbehörde gegen den aus Reichs- und Preussischen Gründen unzulässigen Vertrag einschreiten und gegen den Magistrat das Gebot erlassen in die Wege leiten?“

Ein ausgebeuteter Schwindel.

Im Herbst vorigen Jahres griff die bürgerliche Presseleute Volz Begier — einen Fall sozialdemokratischen Terrorismus in Krankeinstellen — auf, um die allgemeine Bege gegen die von Arbeitern veranlaßten Krankeinstellen zu steigern. Zu Halle teilten sich Saalezeitung, Allgemeine Zeitung und Halleische Zeitung und Generalanzeiger brüderlich in der Ausbeutung des Falles, der nun mit einer effektvollen Plakate seiner Veranstalter abschließen konnte. Die Anlegenheit hat, luxuös, folgenden Verlauf genommen: Genosse Wielich, der Vorgesetzte der Krankenanstalt I in Freiberg, hatte Innegehmlichkeiten in der Geschäftsführung des Krankenhauses ermittelte und darauf bei der Aufsichtsbehörde eine Revision beantragt. Ehe es soweit kam, setzte Gräber seinen Leben selbst ein Ziel, er beging Selbstmord. Darauf infingierten die Unternehmervertreter im Vorstand der Halle eine Bege gegen den sozialdemokratischen Vorkisenden; sie behaupteten, es sei durch ihn ein gewöhnlicher und außerordentlich fährlicher Paniker in den Tod getrieben worden. Das Spielbürgerium wurde mobil gemacht und der Fall als ein sozialdemokratischer Terrorismus gegen einen „nationalen“ Beamten hingestellt.

Als aber die Revision doch ebenfalls Innegehmlichkeiten in der Geschäftsführung Gräbers zeigte, behaupteten die Unternehmer, der Vorgesetzte, Genosse Wielich, sei mitschuldig, obwohl die Vorkisendigkeit längst vor seiner Amtseinführung durch den Vorstand der Unternehmer entgegen und es thob den Genossen Wielich vorläufig seines Amtes und feste dafür den früheren Vorkisenden, einen Kleinrentmeister, unter dessen Amtszeit die Innegehmlichkeiten begonnen hatten, als Vorkisenden ein.

Inzwischen haben eingehendere Revisionen ergeben, daß das Geschriebene Wielichs die ganze Sache richtig gewesen ist. Es wurde unter anderem festgestellt, daß Gräber das Einnahmehuch aus dem Jahre 1909 vor seinem freiwilligen Tode veruntreut hatte, in der Abteilung Anwaltsverrechnung waren eine Menge Karten unerbittlich liegen geblieben, Einnahmen waren überhaupt vielfach nicht gebucht worden. Die Geschichte wurde zu einer Kette von Klagen für die Treiber, die Unternehmervertreter und ihre Hintermänner. Jetzt hat sich auch der Stadtrat genötigt gesehen, nachdem die Kreisamtsmanschaft die von den Unternehmern beantragte gänzliche Amtsenthebung Wielichs abgelehnt hatte, ihn wieder in sein Amt einzusetzen und die vorläufige Amtsenthebung Wielichs wieder rückgängig zu machen.

Dieser Fall der bürgerlichen Bege blamable Ausgang der Sache ist seit einigen Tagen bekannt, daß sich die Schwindelbeträge am Ende nicht veranlaßt gesehen, ihre Innegehmlichkeiten zurückzunehmen und ihren Verlegetreue, daß der sozialdemokratische Vorkisende und seine Maßnahmen glänzend gerechtfertigt worden sind. Der Freiburger Fall ist einer von den Dutzenden, in denen die bürgerliche Presse und die Schriftmacher im Reichsamt des Amtes über sozialdemokratische Wirtschaftlichkeit geteilt in denen es sich aber in Wahrheit um völlig unbedeutende beherrschende Eingriffe in die Selbstverwaltung und um Verlegetreue der Behörden gegen das Gesetz handelt.

Der Bauauschuss stimmte gestern der Vorlage des Magistrats betr. die Planfeststellung für das große Kanalprojekt zu. Der Regierungspräsident von Merseburg hat zu bemerken am 20. Dezember die landespolizeiliche Genehmigung erteilt. Zunächst handelt es sich um Einleitung von Land für das Projekt. Für den Teil des Kanals von der Mains- bis zur Burgstraße sind die Mittel bereits bewilligt. Die Strecke von der Burgstraße bis zur Klauenstraße am Felsentempel hinter Thonitz ist innerhalb fünf Jahren hergestellt. Die Wändlung ist am Klausberg durch den ein Tunnel gelegt wird. — Ueber die Beibehaltung der Bodenbesitzer in Roten Turm wurde zur Tagesordnung übergegangen. Die Läden müssen also sämtlich zum 1. April geräumt werden. Es wird ein provisorischer Bau errichtet, der von dem Häubler während der Bauzeit benutzt werden kann.

Zur Errichtung eines neuen Theaters in Halle. Ueber die Entschaffung der neuen Bühne werden jetzt einige Mittelungen gemacht. Gebaut werden soll es auf einem Grundstücke hinter dem Markt. Die bis 31. Dezember an ihr Gebot gebundene Weiser der Grundstücke Schmeerstraße 21, 22 und 23, Weichershof 5, 6 und 7 und Schillershof 1-7 hatten in eine Veräußerung der Frist bis 1. Juli d. J. gemilligt und es soll bereits Anfang April mit dem Abrück der Häuser zum Zweck eines großen Theaterneubaus begonnen werden. Auch mit der Verlegetreue der Grundstücke Schmeerstraße 24 und 25 ist ein gleiches Abkommen wie mit ihnen getroffen worden. Es steht aber noch nicht fest, ob diese Grundstücke tatsächlich gebraucht werden. Die Einrichtung von Läden ist beabsichtigt für der Fall, daß die Räume nicht für Theaterzwecke gebraucht werden.

Die Quittungsarten zur Anwaltsverrechnung werden am 13., 16., 17. und 18. Januar 1911 in der Verlegetreue, an 20. Januar 1911 und an den folgenden Tagen in der Leipzigerstraße Nr. 56 bis 106 kontrolliert. Zu diesem Zweck sind die Quittungsarten, Anrechnungsbelegungen, Zettel- und Briefbögen, Rechnungen sowie Krankenlistenausbeute, die ergeben zu welcher Klasse jeder der Berichteten neuert, in den Geschäftsräumen, sonst in der Wohnung, bereitzustellen. Sämtliche Arbeiter aber wie auch beschäftigungslose Berichtete haben bei der Revision anzuweisen zu sein. Können sie sich nicht durch eine erworbene, mit den Arbeit- und Lohnverhältnissen der Berichteten vertraute Person vertreten lassen, so haben sie die Quittungs-



Coewendehals Grosser Verkauf

ist jetzt in vollem Gange, — man sehe nur die Fenster!

**Kostüme
Paletots,
schwarz und farbig.
Samt-Paletots,
Kragen u. Kimonos,
Abendmäntel,
Fertige Kleider
für jeden Zweck.
Röcke und Blusen
aller Art.
Jedes Jahr nur einmal.**

Veren spätestens am Neunfünftage bis 7 1/2 Uhr vormittags im Bureau Wilsch, Liebenaustraße 4, L. niederzulassen.

Die gefälligen Welpenpausen für Jugendliche dürfen nicht vollständig verlegt werden, so entschieden gehen das Schöffengericht in der Sache des Ingenieurs Louis Renter und der Werkmeister Emil Schlichter und Adolf Hager von der Firma ...

Von der Reichspreis-Noterrundungskommission am nächsten Schacht und Viehbock wurden am Montag, den 9. Januar 1911, folgende Reichspreise festgesetzt: Es wurden bezahlt für 50 kg ...

Der Verbandsrat der Bahnhofsarbeiter hat die Generalversammlung der Reichsbahnverwaltung in ihrer letzten Sitzung neue Ausführungsbestimmungen beschlossen.

Stadttheater. In dieser Woche findet nur eine einmalige Aufführung des Weidenaheimerschen Nordenschein statt, und zwar Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr.

Einfonietage des Stadtkathedralchors. Es sei ein nochmaliger letzter Hinweis auf das vierfache Einfonietagert am Freitagabend in den Katakomben gefolgt.

Ein Hülfsler Greis wurde gestern abend gegen 11 1/2 Uhr von Postboten an der Ecke Unterberg und Promenade aufgefunden.

Wissenschaftl. Sozialdemokratischer Verein. Am Sonntag, den 14. Januar, abends 8 1/2 Uhr findet im Gaißhaus zur Sonne eine Mitgliederversammlung statt.

Historischer Tageskalender für Halle. 13. Januar. 1626. Der kaiserliche General Altringer kommt hier an.

Stadt-Theater. Schafspear: Der Kaufmann von Venedig. Es war während an der Zeit, daß man sich auch wieder einmal des großen Händlers, dem man heute mit allen höchsten Dramatikern im Repertoire des Stadttheaters ein recht lebhaftes Bild angefangen hat.

Historischer Tageskalender für Halle. 13. Januar. 1626. Der kaiserliche General Altringer kommt hier an. (30. Jahr. Krieg).

merken, daß uns heute manches an ihm fremdartig anmutet, weil es überlebt ist. Aber eben jung und frisch ist doch der Geist des Dichters geblieben, der uns aus dem zeittlichen Kulte viele freudig und lustig erregend.

Carl Schelling hat das Lustspiel prächtig und stilvoll inszeniert und vornehmlich im letzten Akt ein entzückendes, farbenprächtiges, feinst abgesetztes Bühnenbild von wunderbarem Sinninnereis.

Allelei.

Die Gräfin Zarnowska im Gefängnis. Aus Rom wird der Wiener Arbeiterzeitung geschrieben: Die Gräfin Zarnowska ist wegen Aufreißens zum Tode verurteilt worden in Venedig zu acht Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Letzte Nachrichten.

Der Remwärts schließt seinen Artikel über das Urteil wie folgt: Das deutsche Proletariat darf mit Verzeihung auf den Ausgang der neunjährigen Verhandlung schauen.

Die Gräfin der Arbeiterklasse sind die Enttäuschten. Und wie sie sich auf Mühen geben mögen, die Ergebnisse des Prozesses zu verdunkeln, so fassen sie werden angeht dieser Remwärtsnahme und angeht dieses Urteils alle ihre ureinen Schritte verabschieden lassen.

Landtagsauflösung. Heilbronn, 12. Januar. Bei der gestern im Reichstag beschlossenen Auflösung des Reichstages war, hattingendene Landtagsauflösung wurde im ersten Wahlgang der Gewinne ...

Die Reaktionäre wüten. Berlin, 12. Januar. Die Straßenumgebungen, die am Sonntag in Uff-Verbringen als Protest gegen die Verfassungsschändung stattfanden, sollen am Reichstag zum Gegenstand einer Verrechnung gemacht werden.

Gegen die Konsumvereine. Berlin, 12. Januar. Der konservative Abgeordnete Sammer hat im preußischen Landtag eine Motion des Einflusses ...

Reichstagsverhandlung. Amnabend, 12. Januar. Die Reichstagsverhandlung war für den vorherigen Vertrauensabgeordneten Schmidt ...

Das Räuber-Klassenparlament gegen die Gewerkschaften. Amnabend, 12. Januar. Nach erregter Debatte beschloß die Bürgerkammer am Dienstag mit 71 gegen 29 Stimmen die Verneinung der Konsumvereine und Gewerkschaften ...

Gewerkschafts-Kartell Halle.

1. Eingänge und Mitteilungen. Vom Tabakarbeiterverband, Jüdische Welt, wird durch ein Aufruf mitgeteilt, daß Herr Richard Gerhardt, Inhaber der Firma ...

2. Gewerkschafts-Verammlung. Gefolgt wurde am Montag, den 23. Januar 1911, eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung abgehalten.

4. Verschiedenes. Der Vorsteher ersucht um halbbesondere Berücksichtigung der Arbeiter. — Ferner wird noch auf den bestehenden Krankenversicherungsgesetz hingewiesen und die Gewerkschaftsmitglieder ersucht, streng nach der am 22. Dezember 1910 im Volkspark angenommenen Resolution zu handeln.

Verzeichnis der Rassenärzte.

Table with 4 columns: Name, Wohnung, Sprechzeit vorm., nachm. It lists various doctors and their addresses in Halle.

Auf Wunsch können konfiziert werden:

Table with 2 columns: a) Rassenarbeiter, b) Rassenarbeiter. Lists names and addresses.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinarbeiten Paul Hennig, für Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Carl Bod, Lokales Otto Liebherr, Provinziales und Verfallensberichte Otto Haspeler, sämtlich in Halle.

Hohenlone Hafer-Flocken. geben delikate Suppen, Frühstück für Alt u. Jung. Bewährte Kostnahrung. In gelben Paketen mit dem Bilde der Schmittler.

Walhalla-Theater

Direktor u. Besitzer: Paul Blüthgen.

Letzte Woche die 4 grossen Schlager:
Stallparfüm. Verbotene Frucht.
Ein wenig Musik. Loos No. 33.
Nie dagewesener Erfolg! Stadgespräch!

Zentral-Krankenkasse d. Maler usw.
 Sonnabend den 14. Januar 1911 abends 8 1/2 Uhr bei Josef
 Streicher, Al. Klausstraße 7

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
 1. Kassenbericht vom 4. Quartal u. Jahresbericht für 1910.
 2. Bericht der Revisoren.
 3. Neuwahl des Vorstandes.
 4. Verschiedenes.
 Zu zahlreichem Besuch ladet ein Die örtl. Verwaltung.

Gesangverein, Wörlitz u. Böllberg.

Zu dem am Sonntag den 15. Januar stattfindenden

Elite-Maskenball

mit verschiedenen Herrschaftsdarstellungen ladet alle Freunde ersehnt ein Der Vorstand.
 Karten sind zu haben für Wörlitz bei H. B. Stern, in Böllberg bei Ann. Pferrmann.

Arbeiter-Gesang-Verein
Ammdorf u. Umgegend

Sonntag den 29. Januar 1911 im Dreierhaus:

Masken-Ball

Karten sind bei den bekannten Mitgliedern zu haben.
 NB. Sonnabend d. 14. Januar abds. 8 1/2 Uhr im Bahnhof-Restaur.
General-Versammlung.
 Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.
 Der Vorstand.

Diemitz.

Arb.-Radfahr.-Ver. „Empor“
 Mitglied des Arbeiter-Radl.-Bundes Freiheit.
 Sonnabend d. 14. Januar in den „Ballzälen“ von abends 8 Uhr an (fr. Glaucl. Schützenhaus):

Narrenkränzchen verbunden mit **Reigenfahren.**
 Eintritt ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Konsumverein f. Wittenberg u. Umg.
 (E. G. m. b. H.)

Wir veranstalten am
 Freitag den 13. Januar abends 8 Uhr im Wirtshaus Saale.
 Sonnabend den 14. Januar abends 8 Uhr im Reichshofischen Saale.
 Sonntag den 15. Januar nachmittags 3-5 Uhr im Saale des „Kronprinz“
 in Kleinmittenberg

öffentl. Lichtbildervorträge

über:
 „Die konsumgenossenschaftliche Organisation und Eigenproduktion in Deutschland und im Ausland“
 illustriert durch 100 farbige Lichtbilder.
 Referent: Herr M. Krollik aus Hamburg.
Eintritt frei!
 Jedermann ist eingeladen und willkommen.
 Der Aufsichtsrat: Franz Lerchenstein, Vorsitzender.

Makulatur

zu haben in der **Genossenschafts-Buchdruckerei.**

Bildungs-Ausschuss, Halle

Dienstag den 17. Januar abends 8 1/2 Uhr
 im großen Saale des Volkspartes

Lieder und Stimmungen

MARYA DELVARD

MARC HENRY

Moderne Kammerkunst:
 .. Alte deutsche und französische Lieder zur Laute. ..
 .. Historische Kostüme .. Echte Bauerntrachten. ..

Eintrittskarten a 30 Pf. sind zu haben: im Partei- u. Arbeiter-
 sekretariat, in allen Genossenschaftsbüros, allen Verkaufsstellen des
 Konsumvereins, in der Volkshochschule und der Expedition des
 Volksblattes, Harz 42-43, sowie bei A. Albrecht, Zigarrenhandlung,
 Lindenstraße 54, E. Wendlin, Zigarrenhandlung, Dorfstraße 43,
 F. Schneider, Zigarrenhandlung, Seefenerstraße 23, J. Gadow,
 Zigarrenhandlung, Geiststraße 5, Paul Leifstner, Zigarrenhandlung,
 Mittelstraße 9, D. Sottler, Freiseur, Dorfstraße 2, N. Kunst-
 bauch, Freiseur, Al. Klausstraße 11 und Volkspart, Burgstraße 27.

Das Mitgliedsbuch braucht nicht mehr vor-
 gezeigt zu werden.

Freitag — Sonnabend:

Pa. Cassler Rippespeer 88 Pf.

zart, und mild gesalzen

la. kernigen Schmeer 68 Pf.

aus frischen Schlachtungen

F. H. Krause.

Freitag Schlachtfest.
 G. Gerig, Triftstr. 28.

Freitag Schlachtfest.
 Fr. Peters, Blumenstr. 27.

Jeden Freitag
 G. Lange sen., Kl. Ulrichstr. 26.

Freitag Schlachtfest.
 H. Frozmo, Nebenauerstraße 8.

Jeden Freitag
 „Gr. Schlachtfest“
 bei Otto Hierich,
 Mittelstraße 6.

Freitag Schlachtfest.
 Theodor Wolff, Lindenplan 7.

Bauernschänke, Lindenstr. 57.
 Freitag: Schlachtfest.
 Fr. Kuhwede.

Apollo-Theater.

Direktion: Gustav Poller.
 Nur noch 4 Tage.
 Seit **Hartstein**
 ist noch nie in Halle so gerührt
 worden wie jetzt bei

Haskel

.. d. tollen Burleske:
„Der Herr Marguis“.
 Vorher d. gr. Attraktionen:
 Die Wunderfinder
 Hertha und Edith Althoff.
 Die Pariser Schönheit
Mlle. Hero.
 4 Vesp. Americo.
 Friedel Brianeli.
 Kleine Preise: II. Rang 0.30,
 III. Parterre im Vorb. 0.05.
 Sonnabend zum 1. Male:
Die Venus von Milo.
 Burleske in 1 Akt von
 Leonhardt Hasel.

Stadttheater Halle.

Direktion: Geh. Rat H. Richards.
 — Januar 1911. —

Freitag den 13. Januar 1911:
 118. Vorstellung i. Ab. 2. Viertel
Reinhold! **Reinhold!**
 Zum 1. Male:
Die Kinder.
 Komödie in 3 Akten
 von Hermann Behr.
 Saalöffn. 7 Uhr. Ant. 7 1/2 Uhr.
 Ende 10 Uhr.

Sonnabend, d. 14. Januar 1911:
 Nachmittags 3 1/2 Uhr:
Weihnachts-Kinder-Vorstellung
 zu kleinen Preisen.
 Zum 14. Male:
 Mit neuer glänzender Ausstattung:
Dornröschen.
 Weihnachts-Ausstattungs-
 Komödie mit Gesang und Tanz
 in 5 Bildern
 von C. H. Görner.
 Abends 7 1/2 Uhr:
 119. Abonnem.-Vorst. 3. Viertel.
 Schülerkarten Mk. 1.10 an der
 Abendkasse.

Gzar und Zimmermann.
 Komische Oper
 in 3 Akten von Albert Vorberg.

Eeben erschienen:
Glühlichter
 Nr. 1.
 Preis 10 Pfg.

Zu beziehen durch alle Aus-
 träger und die

Volks-Buchhandlung,

Halle a. S., Harz 42/43.

3 Dam.-Kassen a. verl. Ziff. 611.

Wegweiser für unsere einkaufenden Abonnenten.

Erscheint wöchentlich dreimal. Unsere Lesern bei Bedarf zur Beachtung empfohlen. Erscheint wöchentlich dreimal.

Abzahnungsgeschäfte M. Thiele, Göbenstr. 1, p. Brauereien F. Günther, Halle a. S. Briketts, Kohlen Richard Wolf, verläng. Königstr. Delikatessen und Fische Alfr. Bernhardt, Gr. Ulrichstr. 46. Drogen und Farben M. Bädler, Rannischestr. 2. Fritz Rust jun., Triftstrasse 29. Ein- u. Verkaufsgeschäfte F. Heunike, Kl. Ulrichstr. 15. Eisen- und Stahlwaren F. Lindenbahn, Königstr. 8.	Eisener Geleis Christian Glaser, Gr. Klausstr. 24. F. Lindenbahn, Königstr. 8. Fahrräder u. Nähmaschinen Henry Klepzig, Reilstr. 2. Fleischermeister, Wurstfabriken J. Klostermann, Advokatenweg 27. Franz Kunze, Burgstr. 59. August Mangold, Mersburger- strasse 105. Robert Schäfer, Königstr. Otto Ulbricht, Bäckersstrasse 1. Gummiwaren C. Klappenbach, Gr. Ulrichstr. 41. Handleiterwagen-Fabriken Theodor Lühr, Leipzigerstr. 94. Oskar Kutscher, Moritzkirchhof 10. Ernst Seitzmann, Mersburgerstr. 10.	Haus- und Küchengeräte K. Kuckenburg, Rannischestr. 12. Honighuchen, Zuckerwaren Friedrich Bock, Schmeiser- strasse 18. Hüte und Mützen Friedrich Fletner, Geiststr. 28. Kaffee, Kakao, Tee Ernst Ohse, Leipzigerstr. 95. Kartonnagen W. Schmeil, Jakobstr. 60. Kauflhäuser H. Elkan, Bekleidg.-Gegens., J. Art. Kinderwagen Theodor Lühr, Leipzigerstr. 94.	Kolonialwaren H. Ackermann, Mersburgerstr. 61. Franz Geyer, Gr. Brunnenstr. 32p. Orto Koch, Charlotten- strasse 2. C. Lange sen., Kl. Ulrichstr. 26. Hugo Schröter, Hirtenstrasse 14. Lederhandlungen Herm. Schmidt, Geiststr. 23. Möbel-Magazine Gruss H. H. Tschierlmstr. Ulrichstr. 5a Photographische Ateliers Richard Schröder, nur Steinweg 17.	Schneiderlei-Bedarfsartikel F. C. Wissell, Marktplatz 11. L. Zengerling, Schulstr. 7. Expedition, Möbeltransport O. Kästner & Co., Brunnenstr. 36. W. H. Müller, Brunnenstr. 53. Uaren- u. Goldwaren Gross Friedrich Hofmann, Klausstr. 23. Robert Koch, Leipziger- strasse 44. Albert Biennicke, Gr. Steinstr. 62 A. Schäfer, Leipzigerstr. 92. A. Weiss, Kleinschmieden 6. Weine u. Fruchtstände etc. M. Kade Nachf., Leipzigerstr. 33. Max Kützel, Magdeburgerstr. 59.	Weiss-Woll-Tapisserie Franz Barme, Lindenstr. 56. Zahn-Techniker Neue Promenade 16, vis-à-vis Leipz. Turm. Zigarrenhandlungen F. Soldmann, Königstrasse 86. Schubert, William, Zigarren und Schularartikel, Lauchstädterstr. 15. Julius Wiedemann, Schmeiserstr. 4.
--	--	--	---	--	---

Für die Insetate verantwortlich: Rob. J. Jäger — Druck der Halle'sch. Genossenschafts-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: born. Aug. G. o. b. l. e. t. u. J. a. h. n. i. c. — Samml. i. Halle a. S.

ja und mit diesem demnach einen Stich in den Hals beibrachte, wobei er eine durchdringende Wunde. Die Wunde ist zum Glück nicht lebensgefährlich.

Eilenburg. Für Schlittschuhläufer. Die Polizeiverwaltung macht bekannt: Das Schlittschuhlaufen und Verleiten des Eises auf dem sogenannten Angelfänge, auf dem Verbot in der Rittersgasse, auf dem südlichen Teile der alten Straße - Insel Allen - auf dem Bolterloche bei Gärlich, auf dem Zeide am Welligepark wird, solange eine Weisung nicht hattingenden hat und durch Warnungstafeln etwas anderes nicht bestimmt ist, gestattet. Das Betreten des Eises an allen anderen Orten ist bis auf weiteres verboten.

Wüdenberg. Des Proletariats Kindes Tod. Ein überaus bedauerlicher Vorfall ereignete sich in der Familie des Gewerkschaftsarbeiters Sch. Der Vater, der Nachsicht gehabt, hatte seine kleinen Kinder am heißen Stubenofen auf einem Stuhl zum Trocknen aufgehängt und sich in der anstehenden Kammer zum Schlafen niedergelegt, während die Frau mit der Wäsche beschäftigt war. Die Leiche aber, welche vielleicht zu nahe am Ofen hing, waren samt dem Stuhl in Brand geraten. In dem sich entwickelnden Qualm war das in der Wiege ruhende 4 Monate alte Söhnchen erstickt.

Eilenburg. Schwere Probestrafenfälle. Sobald die Schneedecke eine genügende Höhe erreicht hat, daß der Wintersport, insbesondere das Schlitten, ausgeübt werden kann, lauten aus allen Genden Meldungen ein über Unglücksfälle die sich ereignet haben. So wird von hier gemeldet, daß drei Arbeiter der Viehwärder Straße verunglückt, indem sie gegen die eben ausmachenden Schranke in den Bahnhöfen stießen. Die erlittenen Verletzungen sind recht schwere.

Sangerhausen. Jugendstreich. Die Arbeiter Karl Dreßel und Albert Schmidt von hier sollen in der Nacht vom 2. September d. J. mit dem Arbeiter Kramer bei der Firma Hugo Daxler in Wörlitz einen Diebstahl ausgeführt haben. Sie erkranden einen Lagerraum und entwendeten eine Weizenladung mit Verzeierung und 18 Glühbirnen. Das Schmelzbad, das ein Karren voll gebaute und einen Wert von 200 Mk. hatte, demolierten sie auf dem nahen Felde, um das Metall zu verkaufen. Nach ihrem Entweichen wurden sie von einem Polizeibeamten hier verhaftet. Kramer entschuldigte sich durch die Furcht und konnte sofort erlassene Steckbriefe, noch nicht ermittelt werden. Um das Aufgebot von hier nach Wörlitz zu bekommen, verzeigte er von seiner Frau einen Mantel. Der Preis war 2 Mk. Geldern hatten sich nun die beiden Angeklagten, die seit dem 8. Dezember in Untersuchung liegen, vor der Jugendstrafkammer zu verantworten. Sie geben die Straftat zu, wollen aber durch die Verführung sein. Der Staatsanwalt will durch eine exemplarische Strafe der Verjährungsmittel der Angeklagten Einhalt tun und beantragt gegen 2 vier Monate und gegen Sch. sechs Wochen Gefängnis. Das Urteil lautete auf vier Monate bzw. zwei Jahre im Gefängnis.

Wüdenberg. Aus Eifersüchtelei entstand am Abend des 7. August d. J. anlässlich eines Tanzvergnügens zwischen dem Arbeiter Bernede und dem Gebrüder Bloßfeld von hier eine Meierei, bei der der Vierfache als Schlägerin benutzt wurde. Karl Bloßfeld soll die Frau des B. am Arm gefaßt und aufzufordern haben, nach Hause zu gehen. Dieses war der Anfang der Schlägerei. Bloßfeld suchte während der Schlägerei B. selbstverständlich die Erwiderung nicht schuldig bleiben. W. erhielt einen Schlag auf den Kopf, der eine erhebliche Fleischwunde und die Verletzung der Knochenhaut herbeiführte. Der Verletzte war etwa fünf Wochen arbeitslos. Die Sache kam zur Anzeige und das Sangerhäuser Schöffengericht verurteilte die drei Obengenannten zu je zwei Monaten Gefängnis. Während sich zwei mit dem Urteil befriedigten, legte Karl Bloßfeld Beschwerde ein. Dessen Hand war der Weidener Staatsanwalt Termin halt. Nach nochmaliger Verhandlung wurde die Strafe auf einen Monat Gefängnis.

Wüdenberg. Eine häßliche Szene spielte sich im August d. Jahres beim nahen Chausseebau ab. Dort beging sich ein 49jähriger Mann an dem kaum neunjährigen Töchterchen des Chausseearbeiters Sch. in der schändlichsten Weise. Gehten hatte sich der Missethäter, der kurz nach dem Vorfall verhaftet wurde, in der Person des Schneiders Fred. Seelig aus Nordhausen, vor dem Nordhäuser Gericht wegen der Verletzung zu verantworten. Der schon wiederholt wegen derartiger Delikten mit dem Strafgefängnis solidierte und über den schon hohe Zuchthausstrafe verhängt, stellte die Vorfälle ganz ruhig dar. Die Verhandlung wurde die Verurteilung der Angeklagten zu einem Jahr Gefängnis im Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust.

Berlin. Zur Nachahmung empfohlen. Einer magistralen Bekanntmachung zufolge werden am Freitag, den 13. d. M., mit Rücksicht auf die hohen Fleischpreise, mehrere Zentner frischer Seefische händelsweise verkauft. Wenn sich diese Verkäufe bewähren, sollen Weiterverkäufe stattfinden. Diese Maßnahmen werden wohl von der hiesigen Einwohnerwehr mit Freuden begrüßt. Reagen sie doch davon, daß der Magistrat die freigegebenen Lebensmittelpreise erkaufte hat und nach Mitteln und Wegen sucht, um Linderung zu schaffen. Die Maßnahmen des Magistrats müßten für andere Gemeinden nachahmungswert sein.

Nürnberg. Ruchstädtige „Stadtväter“. Die Stadtverordneten lehren einen Magistratsrat ab, das Auscheiden der Stadt, die jetzt über 25000 Einwohner zählt, aus dem Landkreis durch eine amtliche Kommission vorbereiten zu lassen.

Wagdeburg. Streif der Wälder. In der Vermögensverwaltung im Bauwesen- und Wälderverwaltungsbereich organisierten Arbeiter die Arbeit niederzulegen. Eine Verhandlung über die einanderseitigen Forderungen leitete die Firma ab, auch den Arbeitsvertragsbuch, der verhandelt, wies sie ab; die ihr zugesandten Schreiben nahm sie nicht an, und als der Vorsitzende des Vorstandes es nochmals versuchte an unterhandeln, wurde er auch wieder abgewiesen. Die Firma stellt sich also auf den abfolgenden Herren-im-Dauze-Standpunkt. - Diese prologische Abweisung folnten die Arbeiter nicht ruhig hinnehmen und legten sie die Arbeit nieder. Zugug ist fernzualten.

Gernrode. Ein Kantor als Kinderfänger. Von der Wagdeburger Strafammer wurde der Dampfheizer und Kantor Steinmann aus Gernrode a. d. in einem Jahre Gefängnis verurteilt. Er hatte in den Jahren von 1909 bis 1909 ein unbescholtenes, noch nicht 16 Jahre altes Mädchen verführt und ein anderes Mädchen tätlich beleidigt. Sogar in der Leichenhalle hatte das Schaul sein Unwesen getrieben.

Merseburg. Großes Feuer. In der Nacht zum Mittwoch wurden in Weitzendorf durch ein großes Feuer sieben Gehöfte eingedohert.

Allerlei.

Das Erdbeben in Zentralasien.

Die Erderschütterungen in Südrussland haben die Opfer gefordert, als vorausgesehen war. Aus Wernje wird berichtet, daß durch das Erdbeben über tausend Menschen getötet worden sind. Die Anzahl der Verwundeten ist unbekannt. Der Materialschaden ist ganz erheblich. Hebrer haben Schaden und Verlust. Eine auffallend große Anzahl von Personen ist durch den kürzlichen Schreck geistesgestört worden. Im ganzen Gebiet lassen sich zahllose Wundenfestungen beobachten. Ein neues großes Erdbeben hat viele Tote und Verwundete als Opfer gefordert. In Wernje ist kein Haus unbeschädigt geblieben. Während des Erdbebens trat das fließende Erdbeben aus den Ufern. Im Gebirge versank durch das Erdbeben der Schnee von den Bergen, die im Augenblick schwarz wurden. Die Zahl der Opfer ist im Gebirge besonders groß. Wie verhalten, sind durch das Erdbeben die Petroleumquellen bei Karmum und die Steinblögenbrunnen bei Rudzschka, die Ausläufer gehören, in Brand geraten.

Ein stehendes Kulturbild. Ein Schlicht bei Promoneg veranlaßte die Arbeiter Lotie Kossin in der Imprägnieranstalt selbst. Zur Feststellung der Todesursache wurde die Leiche seziert. Die Sezierung wurde in der Wohnung des Verstorbenen (1) vorgenommen. Die Wohnung bestand nur aus einer Stube, die die Frau mit ihren vier kleinen Kindern weiter bewohnte. Die Sinterkloppen mußten den Arzt noch besonders bitten, daß er von seiner Arbeit abstand, die Leiche nicht wieder auszuhaben. - Als der Mann begraben werden sollte, entband auf dem Friedhof ein Streik um den Platz. Weil der Arbeiter seit ungefähr einem Jahre nicht zu Werke (1) gegangen war, wurde er einfach am Baum beigesetzt. Zur Bestattung der Leiche traten es zu denken, daß der allgemeine Unwille über ein solches christliches Verfahren nicht laut zum Ausdruck kam.

Reines Allerlei. Eine Scharachepidemie wütet in dem westfälischen Städtchen Wocholt; sie fordert zahlreiche Opfer. In den letzten Tagen sind täglich 8-10 Kinder gestorben. Neben Scharlach sind auch viele Kinder an Malaria erkrankt, auch diese Krankheit tritt mit großer Heftigkeit auf. - Eine große Feuerbrunst zerstörte in Cincinnati (Merica) das Gebäude der Handelskammer fast gänzlich. Sechs Feuerwehrcorps wurden verlegt und mehrere werden vermisst. Man fürchtet, sie wurden unter den Trümmern begraben. Der Schaden beträgt vier Millionen Mark. Der nach Untereichland von 25000 Mk. in Wertpapieren flüchtigen geordnete Bankausfaller Franz Graper von der Darmstädter Bankfiliale in Kottbus hat sich, nachdem er vergeblich versuchte, die Wertpapiere zu Geld zu machen, der Selbstmord begeht. Das Bankinstitut hat die gefamten veruntreuten Papiere wieder zurückgehalten. - Auf der Röttigshaus-Modellbau bei Seide über a ereignete sich zwölf schwere Unfälle, bei denen mehrere Mannheimer Damen und Herren schwere Verletzungen davontrugen.

Kndusels Apfelsinen bestes garantiert reines **Molkerei-Butter** von heute ab auch ohne Preis-Mäßigung **geformt statt 65 u. 68** 5 Proz. geringere lose **Apfelsinen dünnschalige** schöne süße pro 5 Proz. bei Einkauf von 10 Stück erhält jeder Käufer die Tafel- Apfelsin- Margarine Wer probt, lobt! **Albert Kndusel.**

Allthee-Bonbon, bestes Bonbon gegen Gicht, Rheumatismus, nach alt. Rezept. (Keine Füllstoffe) empfohlen. **Martin Müller, Weitzstr. 51.**



Achtung! Bitterfeld. Achtung! Zentralverband der Maschinisten und Feizer Bitterfeld und Umgegend. Sonntag den 15. Januar 1910, abends 7/8 Uhr, im Restaurant **14jähriges Stiftungsfest (Kappenball)** Hierzu ladet ergebenst ein Der Vorstand. Ohne Karte kein Zutritt.

Gemeinschaftliche Ortskrankenkasse d. Stadt Merseburg. Unsere Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, dass hier selbst eine **Auskunfts- u. Fürsorge-Stelle für Lungenkranke,** deren Leistungen völlig kostenlos sind, eingerichtet und heute eröffnet ist. Die Sprechstunden werden vorläufig jeden **Mittwoch mittags zwischen 12 und 1 Uhr** im Grundstück **Kleine Ritterstrasse Nr. 17, parterre,** Eingang von der Hofseite des Landratsamtes, abgehalten. Wir empfehlen dringend, in geeigneten Fällen von der Fürsorge-stelle Gebrauch zu machen. Merseburg, den 11. Januar 1911. Der Vorstand: Thiele, Vorsitzender.

Riestedt. Gasthof zum Brennenschloßchen. Sonntag den 17. Januar, von nachmittags 3 Uhr ab: **Turner-Ball** verbunden mit **tanzweisen Aufführungen.** Hierzu laden ergebenst ein Arbeiter-Turn-Verein Flechte und Arthur Dietrich, Gastwirt.

Könnern. Verein Konkordia. Vorläufige Anzeig. Sonntag den 5. Februar im „Bürgergarten“: **Masken-Ball.** Der Vorstand.

Billigste Bezugsquelle für **neue Möbel.** Wohnungs-Einrichtung von 150-5000 Mk. in nur guter Ausführung. **Einzelmöbel** in allen Holz- und Stollarten. **Friedrich Peileke, Möbel-Magazin.** Gegr. 1863. Gelststr. 25. Tel. 2490.

Woher beziehe ich eine gute Zigarre? **Ansicht-Postkarten** empfiehlt Die Volks-Buchhandlung.

Prima süsse dünnschalige Apfelsinen 3 Stück 1 Pig.

Linon-Wäsche weisse, bunte Wäsche abwaschbar, bester Ersatz für Leinen-Wäsche, billigst. **Hugo Nehab** Nachfig. Grosse Ulrichstr. 27 obere Leipzigerstr. 66 Auf Firma und Hausnummer bitte genau zu achten. Mitglied des Rabat-Sparvereins. 5% Rabatt.



Grosser Fleisch-Verkauf, Am Hallmarkt, Ecke Olearienstr. Pa. Hammelfleisch (diese Woche Ausnahmepreise) Pf. 70 u. 75 Pf. **Hesslarth. Hammer.** Alle Parteischriften empfiehlt Die Volksbuchhandl. **Konsum-Verein für Sangerhausen u. Umgebung** sucht für 1. April 1911 einen tüchtigen Geschäftsführer, welcher imstande ist, ein Geschäft von 3-400000 Mk Umsatz zu leiten. Selbiger muß in der Konfektion firm sein. Bewerber wollen ihre Offerten bis spätestens den 25. Januar 1911, mit Gehaltsansprüchen, an den Geschäftsführer des Konsumvereins des Aufstades, Albert Schmidt, Sangerhausen, Neue Weide Nr. 20, einbringen.

Kieler Fisch-Börse, Kl. Ulriksstrasse 30 u. 1 offeriert An L. Woltzstr. 5/7) ans beste eintreffend. Wagon: **Grüne Heringe** Pfd. 15 Pf. **Bücklinge** Rste 95 Pf. **Sprotten** Rste 75 Pf. **Bratheringe** große Dose 2.30 kleiner alle Sorten lebendige Seefisch billigst.

Schwache Nerven stärken Sie durch **Lecithin Nervennahrung.** Nähr- und Kräftigungsmittel für Rheumaloesenten, zur Stärkung der Nerven, zur Hebung des Allgemeinbefindens, Appetitregend. **Parten Nr. 2, 50.** **Drogerie Max Rüdler, nur Hannischestraße 2.** Makulatur vertrieben Hallesche Genossenschaftsdruckerei.

Prima süsse dünnschalige Apfelsinen 3 Stück 1 Pig. **F. H. Krause.**